

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: monatlich 2 1/2 Schmal. — Bestellungen nehmen sämtlich Postämtern, Briefkägen und unter Ausfertigung entgegen. — Abbest. erteilt unter Ben. Verlag von Schönbachstr. 77.

Halle-Saale  
Freitag, 5. Oktober 1924

Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 8 mm. 10 Spalten. 12 Pfennig. Kleine Anzeigen 8 Pfennig. Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Stellenangebote 5 Pfennig. Die 3. Spalte 30 mm. 10 mm. 10 Pfennig. 20 mm. 10 Pfennig. 30 mm. 10 Pfennig. 40 mm. 10 Pfennig. 50 mm. 10 Pfennig. 60 mm. 10 Pfennig. 70 mm. 10 Pfennig. 80 mm. 10 Pfennig. 90 mm. 10 Pfennig. 100 mm. 10 Pfennig. 110 mm. 10 Pfennig. 120 mm. 10 Pfennig. 130 mm. 10 Pfennig. 140 mm. 10 Pfennig. 150 mm. 10 Pfennig. 160 mm. 10 Pfennig. 170 mm. 10 Pfennig. 180 mm. 10 Pfennig. 190 mm. 10 Pfennig. 200 mm. 10 Pfennig. 210 mm. 10 Pfennig. 220 mm. 10 Pfennig. 230 mm. 10 Pfennig. 240 mm. 10 Pfennig. 250 mm. 10 Pfennig. 260 mm. 10 Pfennig. 270 mm. 10 Pfennig. 280 mm. 10 Pfennig. 290 mm. 10 Pfennig. 300 mm. 10 Pfennig. 310 mm. 10 Pfennig. 320 mm. 10 Pfennig. 330 mm. 10 Pfennig. 340 mm. 10 Pfennig. 350 mm. 10 Pfennig. 360 mm. 10 Pfennig. 370 mm. 10 Pfennig. 380 mm. 10 Pfennig. 390 mm. 10 Pfennig. 400 mm. 10 Pfennig. 410 mm. 10 Pfennig. 420 mm. 10 Pfennig. 430 mm. 10 Pfennig. 440 mm. 10 Pfennig. 450 mm. 10 Pfennig. 460 mm. 10 Pfennig. 470 mm. 10 Pfennig. 480 mm. 10 Pfennig. 490 mm. 10 Pfennig. 500 mm. 10 Pfennig. 510 mm. 10 Pfennig. 520 mm. 10 Pfennig. 530 mm. 10 Pfennig. 540 mm. 10 Pfennig. 550 mm. 10 Pfennig. 560 mm. 10 Pfennig. 570 mm. 10 Pfennig. 580 mm. 10 Pfennig. 590 mm. 10 Pfennig. 600 mm. 10 Pfennig. 610 mm. 10 Pfennig. 620 mm. 10 Pfennig. 630 mm. 10 Pfennig. 640 mm. 10 Pfennig. 650 mm. 10 Pfennig. 660 mm. 10 Pfennig. 670 mm. 10 Pfennig. 680 mm. 10 Pfennig. 690 mm. 10 Pfennig. 700 mm. 10 Pfennig. 710 mm. 10 Pfennig. 720 mm. 10 Pfennig. 730 mm. 10 Pfennig. 740 mm. 10 Pfennig. 750 mm. 10 Pfennig. 760 mm. 10 Pfennig. 770 mm. 10 Pfennig. 780 mm. 10 Pfennig. 790 mm. 10 Pfennig. 800 mm. 10 Pfennig. 810 mm. 10 Pfennig. 820 mm. 10 Pfennig. 830 mm. 10 Pfennig. 840 mm. 10 Pfennig. 850 mm. 10 Pfennig. 860 mm. 10 Pfennig. 870 mm. 10 Pfennig. 880 mm. 10 Pfennig. 890 mm. 10 Pfennig. 900 mm. 10 Pfennig. 910 mm. 10 Pfennig. 920 mm. 10 Pfennig. 930 mm. 10 Pfennig. 940 mm. 10 Pfennig. 950 mm. 10 Pfennig. 960 mm. 10 Pfennig. 970 mm. 10 Pfennig. 980 mm. 10 Pfennig. 990 mm. 10 Pfennig. 1000 mm. 10 Pfennig.

# Die Verhandlungen mit Rechts und Links

## Die Parteiführer beim Reichskanzler

Berlin, 2. Oktober.

(Eigener Drahtbericht)

Ueber die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Regierungsparteien wird amtlich bekanntgegeben: In der Reichskanzlei fand heute nachmittag eine Aussprache zwischen den Führern der Regierungsparteien und dem Reichskanzler statt. Die Absicht des Reichskanzlers, zum Zwecke der Regierungserweiterung Verhandlungen mit der Deutschnationalen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei aufzunehmen, wurde beilligt. Von dem Ergebnis der Verhandlungen wird der Reichskanzler den Führern der Regierungsparteien Mitteilung machen.

Wie wir noch dazu erfahren, waren zu den Verhandlungen, die um 5 Uhr nachmittags begannen und bis 7 1/2 Uhr dauerten, erschienen: von dem Zentrum die Abgg. Stegerwald, Spahn und von Guérard, von der Deutschen Volkspartei die Abgg. Dr. Scholz und Curtius, von den Demokraten die Abgg. Erkelenz, Dr. Haas und Keinat; von der Regierung waren außer dem Reichskanzler Dr. Marx, Dizehändler Dr. Jares, Außenminister Dr. Stresemann, Reichsverkehrsminister Geiser und Reichsminister der Ernährung und Landwirtschaft Graf Kanitz anwesend.

## Der Kampf des Wirth-Süßels

Berlin, 2. Oktober.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der drei Regierungsparteien begannen um 5 1/2 Uhr und sind um 7 1/2 Uhr noch nicht abgeschlossen. Ihrem Ergebnis wurde mit großer Spannung entgegengesehen. Die spitzfindigen Kombinationen machen die Stunde. Diese wurden auf das Gerücht, daß Stegerwald an den Verhandlungen nicht teilnahm, zurückgeführt. Man behauptete, daß Jares, Geiser, Harnberg und Guérard die Delegierten seien. Erst später wurde bekannt, daß der rechte Flügel des Zentrums durch Stegerwald und Guérard erschienen seien. Das Zentrum hat also in der Tat seine Vertreter des rechten Flügels delegiert.

Daß trotzdem das bewährte Wirthorgan, die „Germania“, seinen Kampf gegen die Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung fortsetzt, zeigt die Wendungssache des Blattes, die in großer Aufmerksamkeit einige Zentrumsmitglieder wiederholt, die deutlich die Wirthpolitik verfolgen. Am Zentrumsmitglied sieht sich das Blatt, wenn es nicht, den Mühen für offizielle Politik seiner Partei erleichtern zu wollen. Dieser Wendung gibt einige Ausprägungen der „Kreuzzeitung“.

Der Reichskanzler wird morgen früh 10 Uhr die Führer der Sozialdemokraten einladen, um auf Grund der in den heutigen Besprechungen festgestellten Absichten mit ihnen zu verhandeln. Um 5 Uhr nachmittags werden dann die Führer der Deutschnationalen hinzugezogen werden, die, wenn eine Erweiterung nach links nicht angängig sein sollte, die Verhandlungen allein weiterführen werden.

## Die bayrische Volkspartei für die Deutschnationalen

München, 2. Oktober.

Zu der durch die Erklärung der Deutschnationalen geschaffenen Lage schreibt die bayrische Volkspartei-Korrespondenz u. a.: Mit ihrer Mitteilung haben die Deutschnationalen die Präliminarien für die Verhandlungen über eine Erweiterung der Regierung eröffnet. Die bayrische Volkspartei hat sich von allem Anfang als Vorkämpfer der großen Koalition aller bürgerlichen Parteien erwiesen, nicht etwa aus taktischen-Kalkülgründen, sondern aus der politischen Erkenntnis heraus, daß eine solche Koalition zurzeit am besten der imperialistischen Lage gerecht wird, weil sie am ehesten dem bei den letzten Reichstagswahlen geäußerten Volkswillen entspricht.

## Die heutige Landtagsdebatte

Berlin, 2. Oktober.

Die heutige Sitzung des Reichstages wurde um 12 1/2 Uhr eröffnet. Die zweite Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung wird fortgesetzt. Es findet die Besprechung der einzelnen Titel statt. Bei den Verhandlungen nimmt Reichsminister Dr. Borchardt auf die kritischen Erklärungen der Zentrums. Es dürfen nicht überhört werden. Man sollte sie aber auch nicht zu gering schätzen angesichts der unglücklichen Wirtschaft, die wir in der letzten Zeit gehabt haben.

Im weiteren Verlauf seiner Rede führte Reichsminister Dr. Borchardt aus: Was unter diesen wenig erfreulichen Umständen erreicht werden konnte, ist erreicht worden. Naturgemäß erfordert ein so großes historisches Werk zu seiner Durchführung gesamte Zeit. Die Staatsverwaltung ist den ihr hier erschwerten Aufgaben in weitestgehendem Maße gerecht geworden. Am laufenden Werke sind die Absichten für eine erste Zentrumsregierung nicht sehr gering. Das Reich hat seine Zustände einstellen müssen und seine bisherigen Verpflichtungen auf die Länder abgewandt. Die Zentrumsregierung müssen, wenn wir weiter großzügig arbeiten

mollen, Zwischengeld ausfindig machen. Der Weg der Entscheidung muß möglichst ganz ausgeglichen werden. Es wird großer Mittel bedürfen, alle diese Aufgaben durchzuführen.

## Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ und die Vaterländischen Verbände

Berlin, 2. Oktober.

Von den „Reinigten Vaterländischen Verbänden Deutschlands“ wird ein gefälschtes „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ veröffentlicht im „Vorwärts“, und im „Berliner Tageblatt“ einen Offenen Brief an den geschäftsführenden Vorsitzenden der „Reinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands“, den Abgeordneten Weiser. Darin wird dieser zu einer öffentlichen Erklärung eingeladen, in welcher er die Beweise für seine Bekämpfung erbringen soll, daß Mitglieder des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ ein Bandgeld gegeben worden sein soll. Wie wir erfahren, lehnt der Vp. Weiser diese Einladung ab. Man läßt geräuschvoll vernehmen. Er hält es aber für unter seiner Würde, der Einladung einer Organisation zu entsprechen, welche den unerbittlichen Zweck verfolgt, ein aus Deutschen gebildetes Freiwilligenheer gegen die vaterländische Freiheitsbewegung im Interesse Frankreichs aufzustellen, also für Frankreich die Wacht am Rhein zu halten. Inwieweit hätten die geschäftlichen und vaterländischen Kreise dieser Organisation mit ihrem fanatischen Eintreten für die Ausführungsbestimmungen des Versailles-Diktats und des Dawes-Geldansatzes beizutreten, daß sie gegen das internationalistische Kapital und gegen die deutsche Arbeit den Interessen des ausländischen Kapitalismus dienen.

## Neue schwere Anklagen gegen Loh

Weimar, 1. Oktober.

Ein interessanter Prozeß, in dem der bisherige Staatsbankpräsident Loh eine sehr eigenartige Rolle spielte, gelangte heute vor dem Weimarer Schöffengericht zur Verhandlung. Angeklagt war der Besitzer des Rittergutes Klaußberg bei Weisbach, Preuß., der die Bekauptung aufgestellt hatte, daß sich der Thüringer Landtag und sein Hauptgeschäftsführer Wadeloch bei Beschaffung eines großen Auslandskredits für den Staat Thüringen, den Preuß. vernichten wollte, eine Revolution auszubringen hätten. Darnach erfordere der Vorsitzende des Thüringer Landtages im Thüringischen Landtag Privatklage gegen Preuß. wegen Verleumdung.

Zu der heutigen Hauptverhandlung war auch Herr Loh geladen worden, denn Herr Loh hatte, auf die angelegten Behauptungen Preuß. gestützt, wiederholt die schwersten Anschuldigungen gegen den Landtag und seinen Hauptgeschäftsführer erhoben. Der einzige Entlassungseuge, der in Berlin eilich vernommen worden war, hat zu Gunsten des Angeklagten angegeben, daß er das Gerücht gehört habe.

auf Preuß. durch Loh ein Verdacht ausgesüßt worden, und daß Loh die Erklärung des beschuldigten Privatkreditbesitzer von einer Erklärung Preuß. im Sinne der unter Anklage stehenden Behauptungen ablenken gemocht habe. Der Angeklagte selbst richtete in der Verhandlung schwere Vorwürfe gegen Loh und ließ darüber erklären, daß Loh seine Kreditnot ausgenützt und ihm die französischen Erklärungen abgeprecht habe. Nunmehr bestritt das Gericht, nachdem der Vertreter der Kläger erklärt hatten, keinesfalls auf Loh als Zeuge verzichtet zu haben, den nicht erschienenen Loh zwangsweise vorzuführen zu lassen; aber diese Vorführung konnte nicht erfolgen, nachdem der Staatsrat bezeugt hatte, daß Loh an nördlicher Weigerung und an Herzlichkeit beide nicht zweifeln und eine beständige Lüge sei. Der Zeimann wurde darauf verurteilt, Herr Loh über sich, wie der Gerichtsprotokoll feststellen konnte, inquisitorisch als Zeimann verurteilt.

Es kann ja keinem Zweifel unterliegen, daß der Thüringer Landtag und seine Hauptgeschäftsführung vollkommen gerechtfertigt aus der Angelegenheit hervorgehen wird, und daß der Vorstoß des Herrn Loh, hinter dem ohne Zweifel die Sozialdemokratische Partei steht, vollkommen mißglückt ist.

## Der Kampf um die 26% Reparationsabgabe

Paris, 1. Oktober.

Der „Temps“ vertritt heute in seinem Artikel nachdrücklich, daß die französische Reichsregierung in der Frage der 26prozentigen Einfuhrsteuer in mehrerer Hinsicht begründet sei. Während er sich auf sachliche Gründe mit keinem Wort einläßt, legt er zu seiner juristischen Deduktion sehr viel aus. Das am 22. April 1921 herausgegebene Gesetz über die Erhebung dieser Steuer, ist demnach nicht durch ein Versehen (?) der französischen Regierung nicht zur Anwendung gelangt. Es konnte aber seinen Augenblick die Rede davon sein, daß von der Ausführung des Gesetzes Abstand genommen wurde, wie ja auch aus der Senatsdebatte vom 20. März 1922 deutlich hervorgeht. Das Blatt verweist dem auf Artikel 4, Anhang 3 des Londoner Protokolls, der besagt, daß die deutsche Regierung dem Generalagenten Monatsraten entrichten wird unter Abzug des amändernden Betrages der aus dem englischen Recovery-Act und ähnlichen Bestimmungen resultierenden Einnahmen, die von den anderen verbündeten Regierungen ergriffen werden können.

Von deutscher Seite wird bekanntlich behauptet, daß mit dieser Bestimmungen nur die Uebergangsperiode zwischen der Unterzeichnung und der Ausfertigung des Protokolls gemeint war. Dem hält der „Temps“ entgegen, daß die Befreiung des Protokolls nie auf den Gehalten kommen konnten, annehmen, daß die Regierung besondere Bestimmungen für die künftige Uebergangsperiode erlassen würde. Deutschland beabsichtigt, dem britischen Recovery-Act einen Bescheidigung einzuräumen und erklärt, daß dieser nach der Uebergangsperiode allein Gültigkeit besitze, während alle anderen Bestimmungen außer Kraft treten. Handelt es sich hier, so verdrängt das Blatt die deutsche Fabel, um eine politisch-juristische Eingabigkeit über eine Politik der Bonität gegenüber Großbritannien oder um einen erneuten Versuch, die Verbindlichkeiten zu entzweigen? (1) Der „Temps“ erwidert sich dafür, daß die deutsche Protektion gegen die Erhebung der 26prozentigen Abgabe ein Versuch sei, der darauf abzielt, mit Hilfe des Transitzollens die Zahlungen an die Verbündeten zu vermindern.

Die formaljuristische Seite der Angelegenheit ist allerdings, wie angegeben werden kann, zum mindesten unklar, und es wird Aufgabe des Transitzollens sein, hier Klarheit zu schaffen. Wir glauben aber besser unterrichtet zu sein als der „Temps“, wenn wir annehmen, daß der Transitzollens für sachliche Gründe ein größeres Verständnis hat als für juristische Deduktionen.

## Castiglioni kehrt nach Wien zurück

Wien, 30. September.

Castiglioni wird, wie nunmehr feststeht, sofort nach Erledigung seiner finanziellen Geschäfte in Venedig nach Wien zurückkehren, wird aber unter keinen Umständen eine Station stellen, da er hier ein Zugangsverbot erlitten hat. Die beiden anderen italienischen Vertreter des italienischen Kapital und Geistes werden nicht entschlossen, für den Fall, daß ihnen freies Geleit gewährt wird aus Berlin resp. Budapest nach Wien zurückkehren, um sich zur Verfügung der Gerichte zu halten. Auf diese das freie Geleit bewilligt wird, dürfen sie nicht bis zur Urteilsfällung in erster Instanz verurteilt werden. Die ganze Angelegenheit wurde heute wesentlich ruhiger beurteilt und hat keinerlei nachteilige Folgen auf das Verfehlungsverbot ausgeübt.

## In „Erwartung“ Castiglioni

Wien, 2. Oktober.

(Durch Rundfunk.) Nach den letzten Meldungen soll Castiglioni morgen, spätestens übermorgen, in Wien eintreffen. Es wird aber umgekehrt der fortgesetzten Verneinungen der öffentlichen Meinung durch das Haus Castiglioni sei, ruhig abwarten, ob Castiglioni seine wiederholt angekündigte Reise nach Wien antreibt.

## Spanien erfolgreich in Marokko

Madrid, 2. Oktober.

(Durch Rundfunk.) Madrid wird bekanntlich, daß eine spanische Verbindung zwischen Tetuan und Sefehaus zum Feinde angegriffen wurde. Jedoch gelang es den spanischen Truppen nach heftigem Kampfe den Angriff abzuwehren. Die Marokkaner haben 228 Mann verloren.

## Ausdehnung des Aufstandes im Kaukasus

Konstantinopel, 2. Oktober.

Während die Sowjet-Russen in Georgien blutig vorbringen bis auf die von den Aufständischen gehaltenen Berge, ist der Aufstand von Nowosibirsk bis Astrachan in Feuer und Flamme.

Die Don-Kosaken machen mit dem Aufstand gemeinsame Sache und haben geholfen zur Einnahme von Kuban durch die Aufständischen. Sie sind Herren von Stavropol, bezagen Marieninseln und befehligen die Schiffe der Sowjets vor Zumeft. Ganz Kasachstan und ein großer Teil von Westsibirien ist im Aufstand. Die große Eisenbahnbrücke über den Euluf, zwischen Orskoy und Serdant, ist zerstört. Der Aufstand im ganzen Kaukasus dehnt sich aus; selbst Halberstadtener ergriffen, was sie an Waffen zur Hand haben.





